

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Provinz bei regelmäßiger Zustellung durch die Post
bei täglich zweimaligem Verlauf monatlich 6,00 M., vierteljährlich 15,00 M.
Die 10paltige W. von heute 2 M. Die 10paltigen Anzeigen unter
Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 1 paltige Anzeigen 50 Pf. Bezugsgebühren laut
Text. Unentgeltliche Beiträge gegen Verweigerung. Verlagsnummer 25 241.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Mariannestraße 33/40.
Druck u. Verlag von Neppach & Kretschmer in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht aufbewahrt.

Schokolade
Deutschmeister
wirklich
hervorragende Qualität!
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

KIOS
CIGARETTEN

Café Hulfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Deutschland und Polen vor dem Völkerbundsrat.

Der Versuch eines deutsch-polnischen Ausgleichs.

London, 18. August. Die dramatische Szene, die sich am Dienstag im Unterhaus zwischen Lloyd George und Skutshild abspielte, hat, wie wir schon berichteten, in politischen Kreisen auf ihre Perspektiven kritisch beäugt. Es scheint — so wird erklärt — daß der Gegensatz zwischen England und Frankreich sich auch auf den Völkerbundrat fortspinnen wird, da in drei wesentlichen Punkten Unklarheit und Unklarheit über die Aufgaben des Völkerbundes zwischen England und Frankreich besteht. Diese Schwierigkeiten sind bisher — so seiner offiziellen Erörterung unterzogen worden. Sie betreffen darin, daß Frankreich bisher über die Autorität deutscher Vertreter vor dem Völkerbundrat sich noch nicht geäußert hat, während Lloyd George auf Skutshilds diesbezügliche Anfrage allerdings stumm durch Kopfschütteln beiseite beantwortet hat. Weiter verlangt Frankreich eine ihm die Annahme des Beschlusses über den Völkerbundrat und sichert sich dadurch ein Veto, das unter Umständen die Verhandlungen von vornherein illusorisch machen kann und schließlich ist im Problem selbst bisher keinerlei Annäherung der Standpunkte erfolgt. Es wird auch hervorgehoben, daß Lloyd George dem Völkerbundrat mehr den Charakter einer beratenden als einer beschließenden Körperschaft anerkennen und ihm eine gebundene Parity vorzuschreiben will, während Skutshild erklärt, der Völkerbundrat könne den gesamten Komplex der Probleme noch völlig neuen Gesichtspunkten auflösen.

Im Vordergrund des Interesses steht die schon wiederholt angelegte Eventualität eines deutsch-polnischen Gedankenaustausches, den der Völkerbundrat einleiten will. Der Völkerbundrat wird sich nicht, wie der Oberste Rat, in die Lage eines Richters versetzen, der einfach zu entscheiden hat, sondern wie im bürgerlichen Prozessverfahren zunächst die Parteien aufrufen und auffordern, einen Ausgleich anzubahnen. Ob diese Verhandlungen einen intimen oder öffentlichen Charakter tragen werden, steht noch nicht fest, doch glaubt man, daß der Völkerbundrat die Erfahrungen, die aus den bisherigen fruchtlosen Verhandlungen geschöpft worden sind, dahin verwerten wird, daß er es unterläßt, wieder auf die Erörterungen der ökonomischen Schwierigkeiten einzugehen, die Deutschland oder Polen aus dem Verluste dieses oder jenes Teiles Oberschlesiens erwachsen.

Hier stehen Recht gegen Recht und Interesse gegen Interesse. Das Problem ist vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus in allen erdenklichen Variationen durchgearbeitet und reichlich erschöpft worden. Der Völkerbundrat wird es versuchen, auf die nationalen Bedürfnisse in Oberschlesien näher einzugehen, und die Vorbedingungen für den Schutz der nationalen Minderheiten prüfen. Der Rat wird sich mit den im Friedensvertrage vorgeschriebenen gesetzlichen Bestimmungen nicht begnügen, sondern in der Erkenntnis ihres rein formalen Charakters auch für die Garantien interessieren, die das Deutsche Reich und Polen den anderssprachigen Elementen für die Erhaltung ihrer nationalen Eigenart geben wollen. Man ist der Überzeugung, daß der Verdacht, es könnte durch die Verwaltungswarier der gescheiterten Schutzmaßnahmen einen der Hauptgründe für das gegenwärtige Mißtrauen bilden. Der Völkerbundrat will nun versuchen, dieses Mißtrauen durch Verhandlungen zu beseitigen.

Die Sonderprüfung des Völkerbundsrates.

Paris, 18. August. Der derzeitige Vorsitzende des Völkerbundsrates Nicot hat, wie wir schon berichtet, den Völkerbundrat für den 29. August zu einer Sonderprüfung nach Genf einberufen, um über das Schreiben des Vorsitzenden des Obersten Rates wegen der Befreiung der Grenze in Oberschlesien zu beraten. (wib.)

Keine Aussicht auf baldige Entscheidung.

Paris, 18. August. Nach dem „Temps“ nimmt man an, daß die Besprechungen des Völkerbundsrates über Oberschlesien, die am 29. August beginnen, zunächst nur einen Tag dauern werden. Man habe sich zunächst über das Verfahren und dann über die Ernennung eines Berichtserichters zu einigen. Dieser Berichtserichter würde alsdann keine Arbeiten während der Tagung des Völkerbundsrates in Genf fortsetzen, und es scheint, daß er Ende September so weit sein wird, daß die Angelegenheit vor den Rat gebracht werden kann. Man könne also erst für die erste Hälfte des Oktobers (1) eine endgültige Lösung erwarten, und dann auch nur, wenn der Völkerbundrat über die Sache selbst urteilt und sie nicht Schiedsrichtern überträgt. (1)

Die Neutralität des Papstes.

Dresden, 18. August. Der Papst hat die wiederholten Gesuche der polnischen Geistlichkeit, den Schutz über den polnischen Akerus in Oberschlesien dem Fürstbischof Vertram zu entziehen, an seiner Stelle ihm einem polnischen höheren Geistlichen zu übertragen und den päpstlichen Runtius Dano aus Oberschlesien abzurufen, da dieser in seiner Haltung vollkommen einseitig auf Seiten der Deutschen stehe, endgültig abgelehnt und in einem Schreiben an den Kardinal Dalkor in Polen die polnische Geistlichkeit ermahnt, frei von allen politischen Einflüssen nur der Kirche und dem Dienst der Liebe zu leben, wie dies Runtius Dano auch tue.

Das enttäuschte Frankreich.

Paris, 18. August. In den Meinungen Briands sagt das „Journal“: die Antwort an Lloyd George in der oberstschlesischen Frage ist klar und vollständig. Wir wollen mit Briand hoffen, daß seine Argumente, wenn es ihm auch nicht gelingt, die Geschlossene der Einigung zu überzeugen, vom Völkerbundrate berücksichtigt werden. Die Hoffnung Briands, daß nach der Ablehnung der oberstschlesischen Angelegenheit die Verbindung der Alliierten enger denn je werden möge, kann das Blatt nicht teilen. Denn seit zwei Jahren hätten zu viel Worte, die durch allzu viele Taten bestätigt wurden, Frankreich enttäuscht und gezeigt, daß England wieder zur Politik der Gefälligkeiten gegen Deutschland gekommen sei. (W. T. B.)

Aufruf der deutschen Parteien und Gewerkschaften.

Kattowitz, 18. August. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben auf Grund der in der gemeinsamen Sitzung der polnischen und deutschen Vertreter getroffenen Abmachungen einen Aufruf erteilt, der sich gegen jede gewalttätige Lösung der oberstschlesischen Frage erklärt. (W. T. B.)

Der polnische Aufruf in Oberschlesien.

Kattowitz, 18. August. Der Aufruf, den die polnischen Parteien und Gewerkschaften auf Grund der in einer gemeinsamen Sitzung der polnischen und deutschen Vertreter getroffenen Abmachungen heute erteilt haben und der im Wortlaut dem deutschen Aufruf gleich ist, ist unterzeichnet von dem Obersten Rat für Oberschlesien, bezeichnet Josef Kumer, sowie von dem Vorsitzenden der nationalen Arbeiterpartei der polnischen Nationalen Partei, der christlichen Volksvereinsung, der polnischen Volkspartei für Schlesien, der oberstschlesischen Volkspartei, der polnischen Berufsvereinsung, dem polnischen Zentralverband der Gewerkschaften und dem Vorstand der katholischen landwirtschaftlichen Vereinigung. (W. T. B.)

Trotz Kundgebung für Oberschlesien.

Zusbruck, 18. August. Bei einer heute veranstalteten Kundgebung des Arbeiter Rates für Oberschlesien wurde eine Entschließung angenommen, in der an den Völkerbund die Forderung gerichtet wird, dem oberstschlesischen Volke die Freiheit wiederzugeben. (W. T. B.)

Die Truppenversetzungen nach Oberschlesien.

Drahtmeldung aus Berlin. Berliner Schriftleitung. Berlin, 18. August. Frankreich scheint entschlossen, auch gegen den Willen Englands und Italiens seine Pläne hinsichtlich der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien durchzuführen. Das beweisen die umfangreichen Vorbereitungen, die dazu getroffen werden, vor allem aber die Tatsache, daß in Frankreich, um Klein selbst dauernd verhärtet wurde. Innerhalb der dort lebenden französischen Truppenmacht haben in der letzten Zeit wichtige Verschiebungen stattgefunden. Die Verstärkungen wurden der Rhein-Armee entnommen, und zwar wurde die Hälfte der aus Nancy stammenden Division unter General Bidalon dafür bestimmt. Als Ersatz für sie wurde dem Oberkommando der Ruhr-Armee eine Division des 20. Armeekorps aus dem Mainzer Brückenkopf zugeführt, dem das eine marokkanische Division unterstellt wurde, die als Reserve bereits seit dem Frühjahr im Mainzer Trier-Mag lag. Außerdem wurden der Rhein-Armee noch Verstärkungen aus dem Bereiche des mit seinem Generalkommando in Straßburg liegenden 21. Korps zugeführt, die zusammen mit einer farbigen Division nach Norden in die Pfalz verschoben wurden. Als Reserve und als Ersatz für die nach dem Brückenkopf Mainz von der Mosel verdrängte farbige Division sind eine dritte farbige, in der Hauptstadt aus Madagaskar bestehende Division und außerdem noch die zweite französische Infanterie-Division im Moseltale unterhalb Trier eingetroffen. Alles in allem hat Frankreich zurzeit eine Truppenmacht von mindestens 100- bis 180 000 Mann am Rhein stehen.

Berlin, 18. August. Nachrichten über die Abwendung italienischer Verstärkungen nach Oberschlesien liegen an Berliner ausländischer Stelle nicht vor. Denn tatsächlich neue Truppen von Italien nach Oberschlesien entsandt würden, so dürfte es sich höchstens um Ablösnungsformationen handeln, da die Entsendung von Verstärkungen nur auf gemeinsamen Beschluß der drei Entente-Mächte erfolgen könnte. (W. T. B.)

London, 18. August. Wie die „Morning Post“ meldet, ist die britische Regierung bereit, zwei weitere Bataillone zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Grenzregelung nach Oberschlesien zu entsenden, wenn Frankreich und Italien die gleiche Truppenmenge senden. (W. T. B.)

Verschiebung des polnischen Aufstandes.

Berlin, 18. August. Der polnische Aufstand dürfte, wie jetzt aus verlässlichen Anzeichen geschlossen wird, kaum vor der Tagung des Völkerbundes beginnen. Die Polen wollen die Entscheidung des Obersten Rates abwarten, um dann in einer sogenannten „spontanen Erhebung“ zum Ausbruch zu bringen, daß die „polnische Bevölkerung“ Oberschlesiens gegen eine Entscheidung im deutschen Sinne sei.

Was sagt Amerika?

Am zweiten Tag der Verhandlungen des Obersten Rates in der oberstschlesischen Frage führte die Erörterung über die Zukunft der deutschen Luftfahrt zu bemerkenswerten Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern Englands auf der einen und den Vertretern Frankreichs auf der anderen Seite. Durch Artikel 208 bis 210 des Friedensvertrages sind internationalisierte Ausflüge für die Ozean-, Marine- und Luftfahrt-Überwachung eingeleitet; sie sind nach der Bestimmung des Friedensvertrages berechtigt, zwecks Durchsicherung der ihnen übertragenen Aufgaben diejenigen Fabriken in Deutschland, die Kriegsmaterial herzustellen haben, zu betreten und zu besichtigen, um die Verfertigung von Kriegsgeschütz und die Umstellung auf Friedens-erzeugnisse nachzuprüfen. Seit zwei Jahren sind die Ausflüge tätig, seit zwei Jahren in Deutschland gehalten, den Vorschriften des Friedensvertrages über die Entwaffnung, die Ausführung seiner militärischen Organisationen und ihre Durchführung auf die vorgeschriebene, zum Schutz bei inneren Unruhen völlig unzureichende Stärke nachzukommen. Deutschland hat seine Verpflichtungen auf diesem Gebiete so vollständig erfüllt, daß selbst die französische Regierung zu der nur bezüglich der Luftfahrt vorbehaltenen Überwachung sich bequemen mußte, daß die Abklärung entsprechend den Forderungen des Friedensvertrages zur Tat geworden ist. Es war daher nur recht und billig, daß Lord Curzon im Obersten Rat den Vorschlag machte, die militärischen Überwachungs-ausschüsse, da sie ihre Aufgabe erfüllt und nicht mehr zu überwinden haben, endlich verabschieden zu lassen. Der Vertreter Englands fügte hinzu, nachdem drei Jahre seit Kriegsende vergangen seien, müsse man zu einem wirklichen Frieden kommen, den guten Willen, den Deutschland bewiesen habe, durch Abbau der Sicherheitsmaßnahmen anerkennen und die weitere Überwachung der militärischen Verhältnisse in Deutschland dem Völkerbund anheimgeben gemäß Artikel 213 des Friedensvertrages, der Deutschland verpflichtet, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet.

Dieser Standpunkt Englands, der nur eine Selbstverständlichkeit anspricht, begegnete dem entschiedenen Widerspruch Frankreichs. Briand erklärte, wegen der Gefahr eines Angriffes, den Deutschland in geheimem vorbereiten könne, müsse Frankreich verlangen, daß die Kontrollkommissionen dauernd beibehalten würden. Es kam auch in dieser Frage zu einem Kompromiß; es wurde beschlossen, die Frage einer erneuten Prüfung durch das internationalisierte Militärkomitee in Paris zu untersuchen und später nochmals zu erörtern. Den Einwand, Frankreich müsse vor Deutschland dauernd auf der Hut sein, machte derselbe französische Staatsmann, dem am Tage zuvor Lloyd George persönlich versichert hatte, ein Angriff Deutschlands auf Frankreich würde England sofort an des letzteren Seite finden.

Aus dieser Neuerung geht hervor, wie auch aus zahlreichen anderen Vorgängen, die immer wieder gezeigt haben, wie England sich stets bereit finden läßt, französischen Forderungen beizustimmen, daß die Annahme eitel wäre, die Angelegenheit der Kontrollkommissionen könne zu einem erneuten Konflikt zwischen den beiden Weltmächten führen. Es geht aber auch daraus hervor, daß der Vertrag von Versailles, weit entfernt ein Friedensinstrument zu sein, nach französischer Auffassung dazu dienen will, die anderen Vertragsstaaten, die Deutschland lebend- und leistungsfähig erhalten wollen, dauernd an die Seite Frankreichs zu stellen. Frankreich, das Deutschland gegenüber bei jeder Gelegenheit herausfordert und die brutale Gewalt hervorbrechend auftritt, will die Nahrung der europäischen Politik an sich reißen und sich schon die Zeit vorüberfahren, in der es in der Lage war, von den europäischen Völkern, England nicht ausgenommen, das Zustandekommen zu erzwingen, daß die französischen Interessen allen anderen voranzugehen müßten.

Ein hochachtbares Ziel. Aber Frankreich weiß Mittel und Wege und weiß sich ihrer zu bedienen, um sein Ziel zu erreichen. Ein dieser Mittel ist die militärische Aufrüstung. Stolz und selbstbewußt hat Briand verkündet, Frankreich sei militärisch so stark, wie nie zuvor. Ebenso ist Frankreich, wie seine Haltung in der oberstschlesischen Frage zeigt, mit allen Mitteln auf die militärische Stärke und Aufrüstung seines blind erhabenen und zu jeder Dienstleistung verpflichteten Schützlings Polen bedacht. Ein weiteres Mittel sollen ihm die Ueberwachungs-ausschüsse liefern. Schon jetzt haben diese Ausschüsse die ihnen durch den Friedensvertrag gewährten Rechte benutzt, um unter ihrem Schutze Handelsmissionen zu treiben und dem auf wirtschaftlichem Gebiet noch immer gefährdeten Deutschland Abbruch zu tun. In zahlreichen Fällen haben die Ausschüsse den Anwurf erhoben, daß in solchen Fabriken Verstärkungen vorzunehmen, die niemals Waffen und sonstiges Kriegsgeschütz herzustellen. Das kann nur zu dem Zwecke geschehen, hinter deutsche Fabrikationsgeheimnisse zu kommen und deutsche Arbeits- und Betriebsmethoden, insbesondere im Bereich der Verfertigung- und der Ausfuhrindustrie, kennen zu lernen. Frankreich denkt dabei nicht nur an das eigene Interesse,